

Landes wahren werde; sie ist entschlossen, den Beamten ein geschicktes Statut zu gewähren, und geht zur Tagesordnung über. Der erste Teil der Tagesordnung, betreffend die Verneinung des Streikrechts der Beamten, wird mit 454 gegen 59 Stimmen, der Absatz betreffend die Gewährung eines geschickten Beamtenstatuts durch Händeaufheben, der Absatz betreffend das Verbotensrecht für die Regierung mit 305 gegen 159 Stimmen und schließlich die ganze Tagesordnung durch Händeaufheben angenommen.

Paris, 14. Mai. Gestern nachmittag fand eine Versammlung der streikenden Postbeamten statt, in welcher die Mitteilung, daß die sozialistischen Deputierten in der Kammer die Internationale gefangen hätten, und die Sitzung deswegen unterbrochen werden mußte, große Begeisterung hervorrief. Die Postbeamten stimmten die Internationale an und beschloffen, eine Abordnung in die Kammer zu entsenden, um die sozialistischen Deputierten zu ihrer Haltung zu beglückwünschen.

Paris, 14. Mai. Der konservativste Abgeordnete beschuldigt in einem heftigen Artikel Herrn Simyan, im Staatsdiensste bei Verleugungen sich unerlaubt bereichert zu haben, und fordert eine Untersuchung und Entlassung desselben.

Paris, 14. Mai. Die Organisation des Syndikatsverbandes beschäftigte sich gestern in geheimer Sitzung mit der Frage, ob ein allgemeiner Ausbruch proklamiert werden dürfe. — Der Vorsitzende des Syndikatsverbandes der Postbeamten, Subra, wird im 14. Bezirk seine Kandidatur gegen den Abgeordneten Kessing aufstellen.

Paris, 14. Mai. Die Postbeamten hielten während der Nacht eine große Versammlung ab, in der die Fortsetzung des Streiks bekräftigt und an der Hand von Biffert erklärt wurde, daß der Streik an Ausdehnung gewinne. Der Sekretär des Verbandes der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter erklärte, die Komiteeleitung habe beschlossen, im Falle der Generalstreik der Staatsarbeiter zur Unterstützung der Postbeamten zu organisieren und möglichst auch Mitglieder der Arbeiterunion der Privatindustrie hinzuzuziehen. Die Versammlung nahm eine Tagesordnung an, in der gegen die zur Beschränkung der Meinungsfreiheit getroffenen Maßnahmen und den Wortbruch Clemenceaus Widerspruch erhoben und erklärt wurde, der Streik solle bis zum äußersten durchgeführt werden.

Reichstag.

250. Sitzung. Donnerstag, den 13. Mai, 2 Uhr nachmittags. Am Bundesratssitz: v. Schön.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung der neu revidierten Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst.

Staatssekretär v. Schön: Die Ausdehnung des Urheberrechtes entspricht den Wünschen des Reichstages und der verbündeten Regierungen. Die aus der Berliner Konferenz im Herbst vorigen Jahres hervorgegangene neue Übereinkunft entspricht im allgemeinen dem Geist, der von deutscher Seite gemacht worden ist.

Abg. Dr. Kund (nat.-lib.) äußert sich zustimmend. Doch genießen die musikalischen Werke nicht genügenden Schutz gegen die Uebersetzung auf mechanische Musikinstrumente. Namentlich werden auch die Vereinigten Staaten von Amerika der Konvention beitreten.

Abg. Dr. Pfeiffer (Zentr.): Auch wir erblicken in der neuen Konvention eine Reihe von Verbesserungen. Die Frage, von welchem Termin an die Freigabe der Werke verstorbenen Künstler eintreten soll, läßt sich von verschiedenen Seiten ansprechen. Warum soll das Erbe des Fabrikantensohnes geschützt sein, nicht aber das des Dichters- und Künstlersohnes? (Beifall im Zentrum.)

Abg. Müller-Meinungen (freil. Vp.) möchte genaue Auskunft über die Frage haben, wie es mit dem Beitritt der Vereinigten Staaten steht, freilich über die Bereitwilligkeit anderer Staaten und über die Einwendungen gegen einige Bestimmungen. Im ganzen seien die Ergebnisse der Berliner Konferenz erfreulich. Wenn die Nationen sich zum Schutze für Kunst und Literatur aufzusuchen, so nähert sie das einander mehr als die schönsten Vorkämpferredern. (Beifall links.)

Abg. Dieß (Soz.): An der Berner Übereinkunft ist am besten zu sehen, was bei gutem Willen auf internationalem Wege erzielt werden kann. Ein einheitliches Recht und ein Schutz für alle geistigen Arbeiten, das ist sicher zu begrüßen. Es wird freilich überall noch viel gefordert, und es ist Sache einer scharfen Kontrolle, dies zu verhindern. In den Vereinigten Staaten ist ein Umschwung eingetreten. Dort hat man, allerdings mit Einschränkungen, den alten Freiheitsstandpunkt verlassen und einen Rechtschutz geschaffen, der sich der Berner Übereinkunft wenigstens nähert. Es dürfte nicht sehr schwer fallen, die Vereinigten Staaten zu bewegen, von ihren durch nichts berechtigten Einschränkungen abzulassen und den Schutz in Übereinkunft mit den der Konvention beigetretenen Ländern zu gewähren.

In den Motiven zu der Übereinkunft wird nun allerdings gesagt, daß Deutschland ihr ohne Vorbehalt zustimmen kann. Das erscheint mir zweifelhaft. Jedenfalls sollten wir vorher den Gesetzentwurf kennen, der uns im Anschluß an die Übereinkunft in Aussicht gestellt ist. Da jeder Staat nach Artikel 27 erklären kann, daß er sich diesen oder jenen Punkt der bisherigen Bestimmungen vorbehalten will, so tritt an Stelle von beanstandeten Bestimmungen des neuen Vertrages der jetzige Zustand. Der Standpunkt, die Uebersetzung von nicht gemeinfreien Kompositionen auf mechanische Musikinstrumente freizulassen, kann nicht mehr aufrechterhalten werden. Bei über-

Sie wandte das Gesicht nach ihr um. Und nun war Helga rot und verwirrt. Aber als sie sah, daß Kirsten das sah, ward sie noch roter und verwirrter. Und die Passage ward zu einem wahren Glend unter ihren Fingern.

Kirsten war leichenblau geworden. „Es mag für heute genug sein.“ Und Helga packte ihre Noten zusammen und verschwand geräuschlos. Währenddessen aber hatte Kirsten einen unglücklichen Seitenblick aus den großen, eingeschüchtern Augen erhalten. Es lag Schuldgefühl und Reue und die Bitte um Verzeihung darin.

Aber als Helga Förde in der folgenden Woche zur Musikstunde kam, war Kirsten guter Laune. Sie lachte sogar, und Helga hatte bisher niemals etwas anderes als ein Rächeln bei ihr gesehen. Und sie bekam Schokolade. Aber sie hörte nie wieder eine Frage nach Frau Ingvesen.

Späterhin im Winter fand Kirsten die ersten grauen Haare in ihrer schwarzen Mähne. Sie war dreißig Jahre alt. Eines Tages las sie auf dem Umschlag einer deutschen Monatschrift eine Anzeige über ein gänzlich ungefährliches und ganz unübertroffenes Haarfärbemittel. Das verschrieb sie.

Es hatte seine Vorteile, ein eigenes Schlafzimmer zu haben, daß niemand sehen konnte, daß sie ein Haarfärbemittel gebrauchte. Und sie gebrauchte es tapfer — tapfer wie sie war. Und es tat not; denn die grauen Haare mehrten sich und füllten sich zu ganzen Büscheln zusammen. Und es galt, sie fernzuhalten, denn da waren ja doch noch so viele Jahre, in denen man umherging und grau war.

(Fortsetzung folgt.)

triebenen Forderungen der Urheber würde sich eine Art von Monopol entwickeln zugunsten der kapitalkräftigeren Fabrikanten mechanischer Musikinstrumente. Dieses muß unter allen Umständen verhindert werden.

Die Amerikaner haben mit der ihnen eigenen Freiheit den Schutz der Uebersetzung musikalischer Werke eingeführt. Wir werden wohl über in Deutschland den gleichen Weg betreten müssen. Was nicht z. B. jemand ein Musikwerk, wenn er es in einer öffentlichen Wirtschaft spielen lassen will und nur das eine Stück spielen lassen darf, das andre aber nicht. Ein solcher Zustand ist unhaltbar. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Zur Frage der Schutzfrist, so ist allen billigen Wünschen der Hinterbliebenen Rechnung getragen, wenn sie bis zu 30 Jahren nach dem Tode des Urhebers bemessen wird. Nach dieser Frist hat die Nation ein Recht auf den ungeschmälerten Besitz der geistigen Werte ihrer Schriftsteller, Gelehrten und Künstler, die das, was sie geworden sind, in den meisten Fällen doch nur durch die Nation haben werden können. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Ein sozial empfindendes Volk — und das wollen die Deutschen doch sein — darf die Schutzbestimmungen nicht überspannen gegen das Interesse weiter Volksmassen, die nach den geistigen Schätzen ihrer Großen durstig geworden sind. Die Aufgabe der Gesetzgebung ist hier: nicht hindern, sondern befriedigend einzugreifen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß die romanischen Völker, die jetzt eine längere Schutzfrist haben, sich auch einmal nach uns richten, und daß die zu erwartende Novelle eine Verlängerung der Schutzfrist nicht enthalten möge. (Lebhaftes Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Dove (freil. Vp.) bittet um Ausnahme des nach seiner Meinung vorzuziehenden Abkommens.

Abg. Henning (konf.) ist im allgemeinen mit dem Abkommen zufrieden.

Es folgt die erste Lesung des Uebereinkommens zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über gegenseitigen gewerblichen Rechtsschutz. Das Uebereinkommen wird in erster und zweiter Lesung nach unerbittlicher Debatte angenommen.

Es folgt die erste Lesung des Münzgesetzes. Abg. Dr. Arendt (Reichsp.) bittet, von der Kommissionsberatung abzusehen und gleich in die zweite Lesung einzutreten und das Gesetz en bloc anzunehmen.

Da kein Widerspruch erfolgt, wird entsprechend verfahren und das Gesetz in 2. Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Bankgesetzes. Vizepräsident Dr. Paasche teilt mit, daß ein genaues unterstügter Antrag auf namentliche Abstimmung über die Abänderungsanträge A a b (wirtschaftl. Vg.) eingegangen ist.

Abg. Naab (wirtschaftl. Vg.): Das Reich befindet sich bekanntlich in seiner besonders günstigen Finanzlage. Allgemeine Zustimmung. Große Heiterkeit. Es muß also soviel wie möglich Einnahmen aus der Reichsbank ziehen. Redner begründet seinen Antrag, wonach von dem nach Abzug der Dividenden verbleibenden Reingewinn 75 Prozent (anstatt 70) dem Reiche zufallen sollen und die Gesamtdividende auf 8 Prozent beschränkt, der Ueberschuss der Reichskasse zufallen soll.

Reichsbankpräsident Havenstein bittet um Ablehnung des Antrags Naab. Die verbündeten Regierungen sind überzeugt, mit der Vorlage das Richtige getroffen zu haben.

Abg. Dove (freil. Vp.) bittet ebenfalls um Ablehnung des Antrags Naab, der eine grundlose Entleerung bedeute.

Abg. Dr. Arendt (Reichsp.): Der erste Teil des Antrags ist zu beiführen. Der zweite Teil hat eine tödliche Tendenz, ist aber überflüssig. Mit der Verringerung der Einnahmen der Anteilhaber treffen wir gewiß nicht die Kernsten.

Abg. Dr. Weber (nat.-lib.) spricht gegen den Antrag Naab. Seine Annahme würde den Kurs der Reichsbankanteile zum Sinken bringen. Die Anteilhaber haben übertriebene Gewinne gar nicht gehabt.

Abg. Dr. Rappender (Zentr.) wendet sich ebenfalls gegen den Antrag.

Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.): Wir können mit den Aktionären der Reichsbank kein Mitleid haben. Herr Dr. Weber hat ja diese Herren geradezu als nothleidenden Mittelstand geschildert. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Herren hätten beim Erwerb der Aktien damit rechnen müssen, daß der Anteil des Reiches einmal erhöht wird, wenn das Privileg verlängert werden soll. Die Aktionäre der Schweizerischen Nationalbank haben einen auf vier Prozent begrenzten Gewinn.

Wir sind für jeden Antrag, der geeignet ist, den Anteil des Reiches gegenüber dem Antrag der Aktionäre zu erhöhen. Ich hoffe, wenn der Reichstag sich zu entscheiden hat zwischen dem nothleidenden Reich und den nothleidenden Aktionären, wird er keinen Moment im Zweifel sein, auf welche Seite er sich schlagen muß. (Wrao! bei den Soz.)

Abg. Areth (konf.): Man sagt, der Antrag Naab verleihe den Idealismus. Dieser Idealismus scheint ja das große Portemonnaie der betreffenden Redner zu sein. (Heiterkeit rechts.) Wir stimmen dem Antrage zu.

Die namentliche Abstimmung über den Antrag Naab wird auf Freitag 2 Uhr vertagt. (Außerdem Viehsensungen a. e. v.)

Hus der Partei.

Die Chemnitzer Volksstimme ist nun mit ihrem „Material“ gegen die Leipziger Volkszeitung, der sie bekanntlich vorgeworfen hatte, der Volksstimme freventlich Artikel ohne deutliche Quellenangabe zu entnehmen, glücklich herausgerückt. Leider gestattet auch dieses „Material“ keine andre, als die bisherige leicht-ironische Behandlung; denn was soll man dazu sagen, wenn die Volksstimme als Beweis für ihre Behauptung einen Artikel anführt, der im sächsischen Teil der Leipziger Volkszeitung erschienen ist, sich mit einer in Glauchau, also im Verbreitungsbezirk der Volksstimme abspielenden Affäre befaßt und als Quelle dafür ausdrücklich die Volksstimme nennt! Genosse Heilmann verlangt, wir hätten: Chemnitzer Volksstimme sagen sollen, sonst könne man nicht wissen, daß er, der Heilmann aus Chemnitz, Nferstraße 14, 2 Treppen, Telefonnummer 1005, die bahnbrechende Notiz aus Glauchau verfaßt habe, sondern vielleicht die Mannheimer oder die Magdeburger Volksstimme!

Wenn möglich noch kindischer ist der zweite „Beweis“ für unsere „mangelnde Wahrheitsliebe“. Aus dem Raifeberbericht von Chemnitz, den wir notabene nicht etwa der Volksstimme — pardon, der Chemnitzer Volksstimme — entnommen hatten, sondern den uns unser Korrespondent zursandte, hatten wir die Jellen gestrichen: Die vom Genossen Raibeber Heilmann gefaltene einbruchsvolle, begeisterte Festschreibung weckte lauten Beifall, und sie durch den schlichten Satz ersetzt: Die Festschreibung fand lauten Beifall. Darob große Enttäuschung beim Genossen Heilmann, der augenscheinlich nichts besseres zu tun weiß, als Orient und Okzident danach zu kontrollieren, ob sein erheblicher Name immer auch mit den gebührenden Ehrenbezeugungen erwähnt wird und der sofort ein schmerzfülltes Geschrei erhebt, wenn die hochachtungsvoll ergebene Nennung seines sympathischen Namens mal wegfällt. Wir zweifeln nicht an dem tiefen Schmerz des Genossen Heilmann und versprechen ihm, an unserm Teile dafür sorgen zu wollen, daß sein Name in Zukunft recht oft genannt werden wird.

Wenn er aber dann an der Hand dieser — wie er mit flehendem Blicke ausruft — „sonnenklaren und tiefbeschämenden Tatsachen“ sein Jahrhundert in die Schranken ruft und die Parteiblätter in Berlin, Frankfurt, Halle, Erfurt usw., die ebenfalls an der Gottähnlichkeit des Genossen Heilmann einige lieblose Zweifel zu äußern sich erlaubten, gegen und zu Jellen aufruft, so zweifeln wir keinen Augenblick an dem Erfolg seines biedermännischen Appells. Bei allen Leuten, die noch Sinn für unfeindlichen Humor haben, wird eine dröhnende Lachsalve von direkt befreiender Wirkung einsehen, und der Genosse Heilmann kann mit seiner so heil ersehnten neuerungen „Popularität“ aufleben sein.

Zum Schluß aber wird Genosse Heilmann sentimental und bittet um Frieden. Wir sollten ihm doch nichts tun, er tue uns ja auch nichts. Wörtlich schreibt er:

Vielleicht entschließt sich also die Leipziger Parteiredaktion, endlich Frieden zu halten, uns schreiben zu lassen, was wir wollen und was den Genossen unfred Verbreitungsbezirk gefällt, darauf zu verzichten, sie und uns zu bevormunden und uns zum Leipziger Radikalismus erziehen zu lassen. Wir lassen ja die Leipziger Volkszeitung auch alles schreiben, was ihr richtig scheint. Wir lassen nicht um jeder dummen Notiz im Leipziger Blatt willen Streit und Zank an. Auch Leipzig sollte endlich Ruhe geben; es kann auf die Dauer unserer Sache nicht nützen, wenn die Leipziger Volkszeitung uns tadelt, höhnt und beschimpft. Ihrem Willen unterwerfen wird sie uns ja doch nicht. Darum mag sie sich über Raufschuß und Spielmann, über Göhre und Heilmann, über Erbschaftsteuer, Leuthner und Schulz beruhigen und nicht länger in Dinge hineinreden, die sie nichts angehen. Wir brauchen keinen Schulmeister und keinen Zensor.

Das schreibt derselbe angenehme Parteigenosse, der seitdem er den Redaktionschemie in Chemnitz erklommen, als Schulmeister und Zensor der gesamten Partei aufsteigt, der dem Genossen Elner öffentlich die insamten Motive unterzieht und ihn tadelt, höhnt und beschimpft, der über die Proschrift Raufschuß einen impertinenten, lässigen und über die famose Agrarerschrift des „Genossen“ Schulz einen kindisch-anpreisenden Artikel bringt, die aber beide nur die beschämende totale Unwissenheit ihres Verfassers in allen ernsthaften ökonomischen und politischen Fragen verraten. Wenn nun aber dieser Genosse Heilmann sich nun auch noch berufen fühlt, uns vorzuschreiben, was wir schreiben und nicht schreiben dürfen, so können wir ihm jetzt schon sagen, daß er damit kein Glück hat. Wir hätten niemals Veranlassung gehabt, uns mit ihm zu beschäftigen, wenn er nicht in seinem unweisen Parteiretentionsdrang unangeseht die engen Grenzen überschritten hätte, in die ihn seine Kenntnisse und seine Fröhlichkeit weisen. Und wir werden es uns auch in Zukunft nicht nehmen lassen, ihn immer wieder an diese Grenzen zu erinnern, mag es ihm nun lieb oder leid sein.

II. ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands.

Frankfurt a. M., 12. Mai.

Die Verhandlungen wurden vormittags 9 Uhr wieder aufgenommen. Mehrere Begrüßungstelegramme aus Rheinland-Westfalen und Wien wurden vorgelesen. Nach circa zweifelhöflicher Diskussion über die Anträge der Kommission ergab die Abstimmung die Annahme der Anträge des Vorstandes, die er in Bezug auf die Arbeitslosenunterstützung gestellt hatte und die wir bereits im Vorbericht mitgeteilt haben. Die Unterstützung in Sterbefällen wurde abgelehnt. Der Höchstbetrag der Unzulagsunterstützung wurde von 50 Mk. auf 75 Mk. erhöht. Ebenso wurde die Gewahrgeltemunterstützung von 15 Mk. auf 18 Mk. pro Woche erhöht. Ferner wurde der Antrag des Bezirks Mainz angenommen, wonach dem Vorstand das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in besondern Notfällen zu unterstützen.

Der Antrag der Preßkommission, die Monatsblätter fernerehin dreimal im Monat erscheinen zu lassen, wurde abgelehnt. Jedoch wurde beschlossen, den Titel Monatsblätter umzuändern in Lagerhalterzeitung, Organ des Verbandes der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands. Der Beitrag wurde von 1.25 Mk. auf 1.75 Mk. erhöht.

In Bezug auf die Verschmelzungsfrage wurde der von der Kommission gestellte Antrag angenommen, ebenso der Antrag auf Anstellung eines zweiten Beamten. Die Wahl des 1. Vorsitzenden ergab die Wiederwahl des jetzigen Vorsitzenden Reinsdorf-Leipzig.

Die Diäten für die Delegierten werden auf 12 Mk. festgesetzt. Dem Lübecker Delegierten wurde außerdem noch der ihm von der Verwaltung abgezogene Arbeitsverdienst vergütet.

Der nächste Verbandstag wird in München abgehalten. Nach den üblichen Dankesworten an die Frankfurter Kollegen, die keine Mühe gespart hatten, den Delegierten den Aufenthalt in Frankfurt angenehm zu gestalten, wurde die 11. Generalversammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband mittags 1/2 Uhr geschlossen.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Zentralverein der Bildhauer.

Anfang Juni hält der Zentralverein der Bildhauer seine ordentliche Generalversammlung ab. Der Verbandsvorstand hat zu diesem Zweck einen Rechenschaftsbericht erscheinen lassen, der einen Ueberblick über die Verbandsstätigkeit in den letzten drei Jahren bietet und zugleich bemerkenswerte Angaben über die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der Organisation enthält. Die unglückliche Lage des Berufs ist durch die wirtschaftliche Krise noch verschärft worden. Die Ausgaben der Organisation sind derart gestiegen, daß eine Minderung in den Rassenverhältnissen dringend erforderlich ist, und zwar um so mehr, als die Einnahmen infolge eines fortgesetzten Mitgliederrückgangs weiter hinter den Ausgaben zurückgeblieben sind. Betrag der Mitgliederverlust bei der letzten Wirtschaftskrise im Jahre 1902 im Jahresdurchschnitt etwa 600, so ist er diesmal auf 800 gestiegen: Vom Anfang des 4. Quartals 1906 ab, wo der Organisation 5043 Mitglieder angehörten, ist ein ständiges Sinken der Mitgliederzahl zu beobachten gewesen; am Schluß des Jahres 1908 waren noch 3088 Mitglieder vorhanden.

Eine Unsicherheit der Existenz sondergleichen ist nach dem Vorstandsbericht im Bildhauerberufe durch die Arbeitslosigkeit geschaffen worden. Während sämtliche Berufe in den letzten drei Jahren im Durchschnitt pro Hundert 1.2, 1.7 und 3.1 Arbeitslose hatten, entfielen auf die Bildhauer 9.0, 12.7 und 16.6. In der Zeit von Anfang 1906 bis Ende 1908 sind 27 977 Fälle Arbeitslosigkeit am Orte festgestellt worden, dazu kommen noch 408 arbeitslose Mitglieder, die sich auf der Reise befanden. Für die Arbeitslosen sind aus zentralen Mitteln 241 382.10 Mark und aus lokalen Mitteln 47 567.95 Mark Unterstützung ausgegeben worden, zusammen also 288 950.05 Mark. Daneben sind auch die anderen Unterstützungsanstalten des Verbandes in sehr ausgedehntem Maße in Anspruch genommen worden. Die Mehrausgaben gegenüber den Einnahmen belaufen sich im Jahre 1908 auf 4.00 Mark pro Kopf der Mitglieder. Der Rassenbestand, der am Anfang des Jahres 1906 pro Mitglied 17.00